



Stadt Kamen

Niederschrift

UKA

über die
3. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses
am Montag, dem 04.10.2021
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:02 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Denis Aschhoff
Herr Heinrich Behrens
Herr Klaus Kasperidus
Herr Gökçen Kuru
Frau Brigitte Langer
Frau Nadine Pasalk
Frau Dr. Natalie Renkhoff
Herr Volker Sekunde

CDU

Herr Michael Bierhoff
Frau Sarah Grüneberg
Herr Heinrich Kissing
Herr Matthias Meschede
Herr Andreas Sude

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Peter Gerwin
Frau Christina Kollmann
Herr Marian-Rouven Madeja

FW Kamen

Herr Dennis Kobus

DIE LINKE / GAL

Herr Andreas Meier

FDP

Herr Fabian Gulcz

Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzausschusses
Herr Winfried Borgmann
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Rainer Nehls

Verwaltung
Herr Matthias Breuer
Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Herr Dr. Uwe Liedtke
Herr Tim Scharschuch

Entschuldigt fehlten
Herr Daniel Heidler
Herr Stefan Helmken
Herr Timon Lütschen
Frau Jutta Maeder
Herr Hans-Heinrich Wortmann

Herr **Aschhoff** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Sodann stellte er die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 04.10.2021 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen hier: Sachstandsinformation der Verwaltung	138/2021
3	Kommunales Förderprogramm Dachbegrünung von Garagen und Carports der Stadt Kamen hier: Vorstellung eines ersten Entwurfes durch die Verwaltung zur weiteren Beratung	136/2021
4	Bericht des Klimaschutzmanagements	
5	Erweiterte Darstellung des Energiebedarfs und Modernisierungsstandes der städtischen Liegenschaften (Gebäudebestand) hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.
138/2021

Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen
hier: Sachstandsinformation der Verwaltung

Herr **Breuer** erläuterte die vorliegende Mitteilungsvorlage. Insgesamt sollen im kommenden Jahr vier Prozesse umgesetzt werden, die alle samt auch Klimaschutzaspekte berücksichtigen. Neben der Fortschreibung des gesamtstädtischen integrierten Klimaschutzkonzeptes gehören die Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes Wohnen, die Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes für den Stadtteil Methler mit der Zielrichtung Städtebauförderung sowie die Aufstellung eines integrierten Quartierskonzeptes Methler für energetische Sanierungsmaßnahmen (Zielrichtung KfW-Programm 432, energetische Stadtsanierung) dazu. Im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Kommunalen Klimaschutzkonzeptes wies er darauf hin, dass dieses Konzept nicht mehr gefördert werden könne und gänzlich mit Eigenmitteln der Kommune zu finanzieren sei.

Herr **Kasperidus** bedankte sich für die ausführlichen Informationen. Seine Nachfrage, ob eine Fortschreibung des Kommunalen Klimaschutzkonzeptes 2015 - 2035 alle 5 Jahre vorgesehen sei, wurde durch Herrn Breuer bestätigt. Die Möglichkeit, über das KfW-Programm 432 einen Sanierungsmanager zur energetischen Beratung von privaten Gebäudeeigentümern einzustellen, wurde von ihm sehr befürwortet.

Mit Blick auf die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen sprach sich Herr **Kobus** für den von der Verwaltung vorgesehenen integrierten Ansatz aus. Rechtsprechung und Fördermöglichkeiten hätten sich zwischenzeitlich geändert und diese Bausteine würden auch in einer Fortschreibung berücksichtigt werden. Positiv zu sehen sei, dass das Konzept ohne Vorgaben frei erarbeitet werden könne. Da keine Fördermöglichkeiten für die Fortschreibung bestehen würden, seien keine Vorgaben durch Förderrichtlinien bei der Bearbeitung zu berücksichtigen. Er erkundigte sich nach den jeweiligen Schwerpunkten der angesprochenen Konzepte.

Herr **Breuer** antwortete, dass zunächst die Tagung des Klimaschutzgremiums abgewartet werden solle, da sich aus den Ergebnissen ggf. Schwerpunkte der Konzeptbearbeitung festgesetzt werden könnten. Darüber hinaus ist auch eine Rückkopplung seitens der Politik erwünscht. Die Festsetzung von Schwerpunkten sei ein noch nicht abgeschlossener partizipativer Prozess. Die Verwaltung würde im weiteren Verfahren Fachbüros ansprechen. Favorisiert werde dabei die Beauftragung einer Auftragsgemeinschaft, da die jeweiligen Konzepte sachlich aufeinander aufbauen würden.

Auf Nachfrage von Herrn **Kobus** erläuterte Herr **Breuer**, dass das kommunale Klimaschutzkonzept aus 2015 viele Maßnahmen enthalte, die sich zwischenzeitlich überholt hätten. Die Fortschreibung kann neue Ziele mit entsprechenden Handlungsoptionen und Maßnahmen definieren.

Herr **Aschhoff** wies darauf hin, dass Ideen und Wünsche aus dem Klimaschutzgremium und der Politik eingebracht werden sollten.

Das Klimaschutzkonzept sei als Querschnittsaufgabe zu betrachten, die sich auf verschiedenste Lebensbereiche erstrecke, erklärte Herr **Kissing**. Besonders wichtig sei es, eine Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung anzustoßen. Für die Ertüchtigung von Altbaubeständen gebe es viele technische Lösungen. Auch die Thematik „Windpotenzialflächen“ solle in diesem Zusammenhang nochmal aufgegriffen werden. Eine Bündelung und Durchführung möglicher Maßnahmen sei für den Klimaschutz erforderlich und in die Konzepte aufzunehmen.

Eine abgestimmte Bearbeitung der Konzepte als Querschnittsaufgabe mit entsprechenden Synergien werde positiv beurteilt, erklärte Herr **Gerwin**. Zu seiner Nachfrage erläuterte Herr **Breuer**, dass die Projektbearbeitung ein laufender und stetig anzupassender Prozess sei. So würden bestehende Projekte weitergeführt, wenn nötig angepasst und ggf. neue Projekte aufgenommen.

Auch Herr **Madeja** begrüßte den integrierten Ansatz für die Erstellung der verschiedenen Handlungskonzepte. Für die Fortschreibung wünsche er sich konkrete und verbindliche Zielvorgaben.

Herr **Kobus** verdeutlichte, dass der Klimaschutz und die jeweilige Konzeptumsetzung als Daueraufgabe zu sehen sei, die der ständigen Prozessanpassung unterliege. Insofern werde der Ansatz der Verwaltung unterstützt. Beim vorangegangenen Konzept sei ihm das Monitoring allerdings zu kurz gekommen.

In diesem Zusammenhang verdeutlichte Herr **Kasperidus**, dass das Klimaschutzkonzept viele Handlungsfelder umfasse, die oft von übergeordneten Vorgaben u. Bedingungen abhängig seien und eine regelmäßige Anpassung erforderlich sei. Das bestehende Konzept sei gut gewesen, aber bedürfe nun der Aktualisierung.

Ein Monitoring sei auf jeden Fall Bestandteil der Bearbeitung, sagte Herr **Dr. Liedtke**. Er gab zu bedenken, dass durch die Pandemie Maßnahmen wegen fehlender Beteiligungsmöglichkeiten in Verzug geraten seien. Beim Thema Windenergie habe es in Bezug auf die Windpotenzialanalyse Stillstand durch den neuen Windenergie-Erlass gegeben. Aufgrund eines Urteiles des OVGs wurde dieser zum Teil wieder hinfällig, so dass bis heute

sei noch keine abschließende Klärung bezüglich möglicher Potentialflächen in Kamen herbeizuführen war. Bei klarer Rechtslage werde eine angepasste Windpotenzialanalyse dem Umwelt- und Klimaschutzsausschuss vorgestellt. Die im Flächennutzungsplan bisher ausgewiesene Windvorrangfläche sei nach derzeitiger Rechtslage nicht mehr möglich.

Herr **Aschhoff** wies darauf hin, dass ein Windrad auf der Lüner Höhe nach heutigem Recht nicht mehr genehmigt werden könne.

Genehmigungsbehörde für Windräder sei der Kreis Unna, ergänzte Herr **Dr. Liedtke**.

Zu TOP 3.
136/2021

Kommunales Förderprogramm Dachbegrünung von Garagen und Carports der Stadt Kamen

hier: Vorstellung eines ersten Entwurfes durch die Verwaltung zur weiteren Beratung

In dieser Sitzung werde der Entwurf des o.g. kommunalen Förderprogramms eingebracht, erklärte Herr **Dr. Liedtke**. Die Umsetzung stehe unter Haushaltsvorbehalt. Mittel seien zum Haushalt 2022 durch die Verwaltung angemeldet worden. Detaillierte Informationen seien der Mitteilungsvorlage zu entnehmen.

Herr **Madeja** fragte nach, ob ggf. auf Grundlage des Gründachkatasters eine aktive Ansprache der jeweiligen Eigentümer vorgesehen sei.

Die Mittelanmeldung sei zunächst für ca. 20 Einzelprojekte pro Jahr erfolgt, erläuterte Herr **Breuer**. Ziel sei es, einen Anreiz zu geben und auf diesem Weg Referenzprojekte zu erhalten.

Auf Nachfrage von Herrn **Kissing** erläuterte Herr Scharschuch, dass der Eigenanteil für ein Standarddachbegrünungspaket für Garagen in Eigenleistung bei entsprechender Bezuschussung durch das kommunale Förderprogramm bei ca. 50 % liegen werde.

Herr **Sekunde** regte an, weitere Programme mit Energieversorgern zu entwickeln und alle Informationen zu Fördermöglichkeiten in einer „Bauherrenmappe“ gebündelt herauszugeben.

Bei einer solchen Bauherrenmappe sehe er das Problem der ständig erforderlichen Aktualisierung, entgegnete Herr **Scharschuch**. Diesbezüglich empfehle er das Fördernavi der Energieagentur, welches tagesaktuelle Informationen zu Fördermöglichkeiten geben würde. Allerdings werde die Energieagentur bis Ende 2021 abgewickelt. Detailinformationen zum Aufgabenspektrum der nachfolgenden Organisation seien noch nicht bekannt.

Herr **Kasperidus** befürwortete die Auflage eines kommunalen Förderprogramms zur Dachbegrünung. Es sei der richtige Weg, um einen Anreiz zu geben. Er sei auf die Resonanz sehr gespannt.

Herr **Behrens** merkte an, dass auch begrünte Dächer der Pflege bedürfen würden. Insofern sei eine entsprechende Verpflichtung zur Pflege aufzunehmen. Darüber hinaus seien invasive Pflanzen zu vermeiden. Aus seiner Sicht sei im Vorfeld eine Beratung für die Dachbegrünung zwingend erforderlich.

Herr **Madeja** regte an, das Förderprogramm auch auf der Internetseite der Stadt zu veröffentlichen.

Die Auflage eines derartigen Förderprogramms wurde von Herrn **Bierhoff** sehr begrüßt. Die Stadt solle mit der Dachbegrünung auf kommunalen Gebäuden (u.a. Pavillon Willy-Brandt-Platz) als gutes Beispiel vorgehen. Er erkundigte sich, welche städtischen Gebäude sich für eine Dachbegrünung eignen würden.

Diesbezüglich wies Herr **Dr. Liedtke** auf den Grundsatzbeschluss des Umwelt- und Klimaschutzausschusses vom 15.11.2018 (Vorlage Nr. 108/2018), wonach die Verwaltung beauftragt wurde, bei Dachsanierungs- u. Umbaumaßnahmen an städtischen Gebäuden zu prüfen, ob Dach- und Fassadenbegrünungen bzw. die Installation von Photovoltaikanlagen technisch umsetzbar und wirtschaftlich vertretbar sind. Zudem beinhalte der Beschluss auch, dass die Verwaltung unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und der Folgekosten auch bei kommunalen Neubauten die Installation von Dach- und Fassadenbegrünung sowie Photovoltaik prüfe. Beim Pavillon am Willy-Brandt-Platz hätte sich aufgrund der Statik (Dach in Leichtbauweise) und unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit keine Dachbegrünung realisieren lassen. Die OGS Friedrich-Ebert-Schule habe aber z.B. ein Gründach erhalten. Dieser Grundsatzbeschluss finde bei allen kommunalen Hochbaumaßnahmen (Sanierung, Umbau, Neubau) Anwendung.

Zu TOP 4.

Bericht des Klimaschutzmanagements

Anhand der Präsentation berichtete Herr **Breuer** zunächst über verschiedene Projekte der Öffentlichkeitsarbeit (Lastenrad Emil (#emil_und_der_klimaschutz), redaktionelle Aufarbeitungen der Klimaschutzthemen, Apfelbäume aus dem Upcyclingprojekt).

Sodann berichtete Herr **Scharschuch** über die Vortragsreihe der Klimaschutzmanager im Kreis Unna (Zoom Meetings), anstehende Termine (u.a. Besuch der Füllbar am 22.10.2021, Aktion des RVR „10.000 Klimabäume“, 1. Sitzung des Klimaschutzgremiums), informierte über die Zusammenfassung des BMU zum „6. IPCC Sachstandsbericht“ und den „GERICS“ Klimaausblick für den Landkreis Unna. In diesem Zusammenhang empfahl er die Lektüre des Buches von Sven Plöger „Zieht euch warm an, es wird heiß!“ (**Bei Interesse: Ausleihe ist bei Herrn Scharschuch möglich**). Details sind der Präsentation zu entnehmen.

*Herr **Kühnapfel** nahm ab 19.05 Uhr an der Sitzung teil.*

Zur Nachfrage von Herrn **Gerwin**, ob die Online-Vorträge noch verfügbar seien, antwortete Herr **Scharschuch**, dass es sich um Live-Vorträge gehandelt habe, die nicht aufgezeichnet wurden.

Herr **Madeja** bedankte sich für den ausführlichen Vortrag des Klimaschutzmanagements. Die Durchführung der Vortragsreihe werde sehr begrüßt. Er hoffe auf Weiterführung der Programmreihe. In Bezug auf die Klimaentwicklung wies er auf die Einflüsse der Wind- und Meeresströmungen auf das Klima hin (Golfstromproblematik).

Zum Thema „Starkregenereignisse“ regte Herr **Behrens** an, in einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter des Lippeverbandes einzuladen, der zum Thema „Hochwasserschutz“ berichten solle. Durch die Renaturierung der Seseke und die Schaffung von Retentionsflächen sei Kamen bei dem diesjährigen Starkregen vor dem Schlimmsten bewahrt worden.

Diese Thematik sei bereits in der letzten Woche im Rat behandelt worden, erklärte Herr **Dr. Liedtke**. Ein Vertreter des Lippeverbandes sei bereits für einen Vortrag angefragt worden. Beim naturnahen Umbau der Seseke sei die Priorität auf den Hochwasserschutz gelegt worden. Es seien 2 Mio. m³ Retentionsflächen geschaffen worden. Das Konzept habe sich nunmehr bewährt.

Herr **Sekunde** bestätigte, aus seinen Erfahrungen als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, dass durch die Seseke beim Starkregen kaum Problematiken aufgetreten seien. Wesentliche Problemlagen seien durch verstopfte Kanäle und Grabenläufe entstanden.

Im September 2018 habe der Umwelt- und Klimaschutzausschuss die Teilnahme der Stadt Kamen am EEA beschlossen, merkte Herr **Sekunde** an. Er erkundigte sich, was daraus geworden sei.

Daraufhin informierte Herr **Scharschuch** darüber, dass die Verwaltung die Antragsunterlagen eingereicht hat, aber das Land diese Förderung nicht weitergeführt habe. Es sollte ein Nachfolgeprojekt vom Bund (ECA) mit dem Schwerpunkt Klimaanpassung aufgelegt werden. Insofern lief die damalige Antragstellung ins Leere.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte die Zusammenhänge von Hochwasser und Starkregen. Der Starkregen habe den Pegel der Seseke auf max. 3,08 m erhöht. Eine „Hochwassergefährdung durch Überflutung“ sei nicht eingetreten. Dagegen seien Kanäle für ein solches, punktuell 81jähriges Starkregenereignis nicht ausgelegt.

In Bezug auf die Veranstaltungen des Klimaschutzmanagements bat Herr **Kuru** um eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit.

Diesbezüglich erklärte Herr **Scharschuch**, dass über Presse und E-Mail-Verteiler informiert worden sei. Zu Zeiten von Corona sei eine persönliche Ansprache schwierig gewesen. Absehbar solle die Homepage Klimaschutz optimiert und verbessert werden. An den einzelnen Online-Veranstaltungen hätten jeweils 8 bis 80 Personen teilgenommen.

*Herr **Kühnapfel** wurde durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn **Aschhoff**, verpflichtet.*

Beim Umgang mit Starkregen werde derzeit die Strategie verfolgt, das Wasser so schnell wie möglich abzuleiten, erklärte Herr **Kühnapfel**. Zur Abschwächung der Klimafolgen sei es zielführend, zukünftig eine langsame Einsickerung des Wassers in die Böden zu ermöglichen und so Wasser in den Böden zu speichern.

Herr **Bierhoff** bezog sich auf die von Herrn Scharschuch vorgetragene Erkenntnisse und Konsequenzen durch den Klimawandel. Handlungsmöglichkeiten seien auch im Umfeld gegeben und angezeigt. Er regte in diesem Zusammenhang an, ggf. neue Wasserbedarfsflächen anzulegen (früher habe man z.B. Löschteiche oder den Koppelteich gehabt). Solche Bereiche würden Wasser sammeln, verdunsten und bevorraten können. Zudem sei eine Nutzung für Freizeitaktivitäten möglich.

Auch vor dem städtebaulichen Hintergrund sei dies ein guter Hinweis, antwortete Herr **Dr. Liedtke**. In neuen Baugebieten werde z.B. durch den Bau von Trennsystemen und Anlegung von Regenrückhaltebecken eine Abflussverzögerung erreicht.

In diesem Zusammenhang wies Herr **Meier** darauf hin, dass die Ackerflächen durch die Nutzung schwerer landwirtschaftlicher Geräte zunehmend verdichtet seien und eine Versickerung dadurch schwierig sei. Hier würden die Landwirte Unterstützung und Beratung benötigen. Auch Private bräuchten Informationen zu Regenwasserbewirtschaftung und Abflussverzögerung. Er regte an, über Flyer zu diesen Themen zu informieren.

Hierzu erklärte Herr **Dr. Liedtke**, dass eine Versickerung auf dem eigenen Grundstück neben den ökologischen Vorteilen auch finanzielle Vorteile (geringere Kanalanschlussgebühr) biete, aber in Kamen gebe es grundsätzlich vielerorts Probleme mit der Versickerungsfähigkeit der Böden.

Zu TOP 5.

Erweiterte Darstellung des Energiebedarfs und Modernisierungsstandes der städtischen Liegenschaften (Gebäudebestand)
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Herr **Gerwin** begründete den vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Er hob hervor, dass mit dem Energiebericht eine wesentliche wichtige Diskussions- und Entscheidungsgrundlage geschaffen werden könne.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass 2008 für alle städtischen Gebäude Energieausweise angefertigt und diese Ergebnisse im Energiebericht dargestellt worden seien. Insofern seien alle Informationen verfügbar. Darüber hinaus werde spätestens im 1. Halbjahr 2022 ein neuer Energiebericht veröffentlicht. Er werde prüfen lassen, ob ggf. eine Verlinkung zu den Energiebedarfsausweisen erfolgen kann. Er gab aber zu bedenken, dass es sich um sehr große Datenmengen handeln würde.

Herr **Kobus** äußerte Verständnis darüber, dass ein umfangreicher Energiebericht aufgrund der personellen Kapazitäten des FB 70 nur alle 3 Jahre erstellt werden könne. Er regte an, einen verkürzten Bericht in den dazwischen liegenden Jahren anzufertigen.

Herr **Dr. Liedtke** sagte zu, diese Möglichkeit prüfen zu lassen.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

6.1 Mitteilungen der Verwaltung

6.1.1

Fällung von 2 Ahornen im Schutzstreifen einer Fernwasserleitung, südlich Südfeld 131

Herr **Harrach** nahm Bezug auf die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Einladung (Pkt. 3). Hier werde in weiteren Gesprächen mit der Gelsenwasser AG ein Erhalt der Bäume angestrebt.

6.1.2

Ersatzpflanzungen

Neben den 14 neuen Bäumen in der Bogenstraße werden in diesem Herbst weitere 25 Bäume im Stadtgebiet gepflanzt, informierte Herr **Harrach**. Hierbei handelt es sich um Nachpflanzungen für abgestorbene oder nach Baumschutzsatzung zu ersetzende städtische Bäume.

6.1.3

Pflanzfest im Bürgerwald

Herr **Harrach** teilte mit, dass das diesjährige Pflanzfest am Samstag, 06. November 2021 stattfinden wird. Bisher seien 50 Baumbestellungen eingegangen.

6.2 Anfragen

6.2.1

Lärmaktionsplan

Herr **Madeja** erkundigte sich danach, wann der Lärmaktionsplan 3. Runde weiter beraten und beschlossen werde.

Dazu führte Herr **Breuer** aus, dass mit Vorberatung im Mobilitäts- und Verkehrsausschuss am 27.10.2021 die Beschlussfassung in der Ratssitzung am 11.11.2021 vorgesehen sei.

6.2.2 Ladeinfrastruktur

Herr **Kobus** erkundigte sich nach dem Sachstand zur Erarbeitung eines städtischen Konzeptes zur E-Lade-Infrastruktur.

Herr **Aschhoff** teilte mit, dass geplant sei, den Geschäftsführer der GSW, Herrn Baudrexl, in einer der folgenden Sitzungen zu diesem Thema einzuladen.

Eine entsprechende Planungsgrundlage sei an die GSW ausgehändigt worden, mit der Bitte um Prüfung der Netzkapazitäten, führte Herr **Dr. Liedtke** aus.

6.2.3 Einsaat Blühwiese (ehem. Spielplatzfläche Fichtestraße)

Auf Nachfrage von Herrn **Sekunde** berichtete Herr **Harrach**, dass die Einsaat der Fläche in Abstimmung mit FB 70 im Frühjahr 2022 erfolgen soll.

6.2.4 Öffentliche Schotterflächen im Stadtgebiet im Bereich von Baumbeeten

Unter Bezugnahme auf den diesbezüglichen Eintrag von Herrn Gerwin in der Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses am 14.06.2021 erklärte Herr **Kuru**, dass geschotterte Baumbeete im Bereich des Kreisverkehrs am Kamen Quadrat entdeckt habe.

Dazu führte Herr **Harrach** aus, dass dort zwei Kastanien aus Verkehrssicherungsgründen gefällt werden mussten. Die Kastanien wiesen massive Rindenablösungen und einen starken Vitalitätsverlust auf. Er gehe davon aus, dass die dortigen Schotterbeete im Zuge einer Neugestaltung zurückgebaut werden.

Herr **Gerwin** erklärte, dass seine Beobachtung nicht so prägnant gewesen sei, wie er erwartet hätte. Daher habe er auf eine Mitteilung der Standorte an die Verwaltung verzichtet.

6.2.5 Eingriff in die Vegetation am Mühlbach

Frau **Dr. Renkhoff** berichtete, dass am Mühlbach ein starker Eingriff in die Vegetation der Uferböschungen im Bereich Südfeld/Westfälische Straße erfolgt sei.

Herr **Dr. Liedtke** sagte eine Prüfung vor Ort zu.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung.
Anfragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- **entfällt** -

Herr **Aschhoff** schloss die Sitzung um 20.02 Uhr

gez. Aschhoff
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer